

Ein Hoch auf die wahren Helden



Max Haerder

Korrespondent im Hauptstadtbüro

■ **Den Flüchtlingen in Deutschland hilft nicht, wer zu Toleranz aufruft – sondern wer anpackt. Ganz konkret.**

Ich war immer ein Freund der „Tagesthemen“, und ich war eher kein Fan von Til Schweiger. Seit ein paar Tagen frage ich mich allerdings, ob ich diese Haltung nicht überdenken sollte. Aber der Reihe nach.

Vor gut einer Woche sprach die NDR-Journalistin Anja Reschke in den Spätnachrichten einen Kommentar zur Flüchtlingsdebatte. Reschke attackierte darin den in Deutschland (wieder?) grassierenden Hass auf Ausländer. Sie forderte, dass es Zeit sei für einen Aufstand der Anständigen, Zeit, endlich „Gesicht zu zeigen“ für Flüchtlinge, für Menschlichkeit und gegen Fremdenfeindlichkeit. Muss ich das eigens betonen: Natürlich hat sie recht.

Aber zwei Dinge störten mich. Erstens: Der Beitrag begann mit einer Frage „Wenn ich hier jetzt öffentlich sage, Deutschland solle auch Wirtschaftsflüchtlinge aufnehmen - was glauben Sie, was dann passiert?“. Der Zuschauer bekam darauf keine rechte Antwort.

Doch genau um die geht es. Menschen Asyl zu gewähren, die mit kaum mehr als dem, was sie am Leib tragen, vor Krieg, Terror und Gewalt flüchten, ist eine humanitäre Verpflichtung. Motivierte Zuwanderer willkommen zu heißen, die etwas können und leisten wollen, eine ökonomische. Aber: Wer fordert, die Bundesrepublik solle alle, wirklich alle Einwanderer aufnehmen, hat vielleicht die Moral auf seiner Seite, aber nicht die Vernunft.

Es gibt Grenzen der Aufnahmefähigkeit und, ja, wohl auch der Solidarität. Und man muss dieser Tage nur auf die Zustände in griechischen Flüchtlingslagern schauen, um festzustellen: Diese Grenzen sind in unserem reichen Land wahrlich nicht erreicht.

Womit wir schon fast bei Til Schweiger wären. Denn, zweitens: Der „Tagesthemen“-Aufforderung, Gesicht zu zeigen, folgten viele Menschen so: Sie posteten das Video auf Facebook oder teilten es dort. Massenhaft. Auch unter meinen Freunden und Bekannten war das der Fall.

So billig, so folgenlos war sogenannte Solidarität noch nie zu haben.

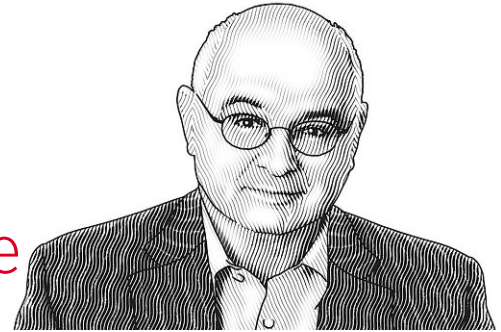
Schweiger hingegen hat angekündigt, ein Flüchtlingsheim zu bauen. Schenken wir uns die Einwände, dass das auch Profilierung und Eigen-PR eines Mannes ist, der das Rampenlicht so liebt, und bislang reichlich Fragen offen bleiben. Sein Engagement ist großartig. Wenn es wahr wird.

Die noch viel größeren Helden aber sind all die namenlosen Til Schweigers da draußen. Projektinitiatoren zum Beispiel, die geltendes Recht so lange kreativ bearbeiten, bis sie Flüchtlingen

endlich Praktika und Beschäftigung anbieten konnten. Ärzte, die umsonst behandeln. Soldaten und Freiwillige, die im Mittelmeer Menschen vor dem Ertrinken retten. Bürger, die selbst gekauftes Essen und Wasser verteilen oder ihre Wohnungstüren öffnen und ihr Schlafsofa, ihre freien WG- und Gästezimmer und ihre Küchentische anbieten.

Gerade was Letzteres bedeutet, kann man nur ermessen, wenn man sich ganz ehrlich selber befragt: Wäre ich auch bereit dazu? Meine eigene Antwort lautet beschämt: Nein. Umso mehr gehört allen, die diese Frage mit Ja beantworten und danach handeln, meine und unser aller Hochachtung. ■

Kein Knecht der Industrie



Heinz Schulte

Chefredakteur des Sicherheitsinfodienstes griephan

■ **Zu Rüstungsexporten im nationalen Interesse gehört die Ausbildung der Abnehmer durch die Bundeswehr.**

Der Vorwurf geistert durch einschlägige Gazetten, die Bundeswehr leiste der wehrtechnischen Industrie Schützenhilfe, indem sie potenziellen Abnehmern Gerät und Waffen zur Verfügung stelle sowie Ausbildung bei ihnen betreibe. Das geht ins Leere. Kein Wirtschaftszweig in Deutschland ist politisch so reglementiert wie der Export von Wehrtechnik. Die große Koalition hat sich hier deutlich positioniert. Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) hat mehrfach öffentlich bekräftigt, dass die Unterstützung bei Rüstungsexporten keine Wirtschaftsförderung darstelle, sondern allein im Rahmen nationaler Sicherheitsinteressen zu beurteilen sei. Mit anderen Worten: Rüstungsexport muss zur Sicherheit Deutschlands beitragen.

Damit ist ein legitimer Bogen zum Beitrag der Bundeswehr geschlagen. Im Grunde ist die Liste der Länder, die „verantwortlich belieferbar“ sind, so die politische Formel Berlins, schnell erstellt. Man lege zwei Weltkarten übereinander: Auf der einen zeichne man Länder ein, die politisch unbedenklich sind, auf der anderen jene, die sich hochpreisige Wehrtechnik made in Germany leisten können. Die Schnittmenge ist überschaubar.

Es gilt das Wort der Bundeskanzlerin, dass Verbündete und Partner Deutschlands nicht nur zu ermuntern, sondern auch zu ertüchtigen seien. Allein die Übereignung von Waffen und Gerät ertüchtigt keinen Partner, im Rahmen deutscher Sicherheitsinteressen zu handeln. Die Handhabung komplexer Systeme und deren Wartung erfordern den Sachverstand der Bundeswehr. Wenn es also im nationalen Interesse liegt, dass Israel U-Boote aus deutscher Fertigung erhält, dann ist es folgerichtig, dass die

deutsche Marine israelische Besatzungen ausbildet. Gleiches gilt für eine militärische Ertüchtigung der baltischen Staaten angesichts der Ukraine-Krise. Sollten die baltischen Staaten deutsche Gefechtsfahrzeuge erwerben beziehungsweise von der Bundesregierung überlassen bekommen, ist es zielführend, die Ausbildung an diesen Systemen durch das deutsche Heer vornehmen zu lassen.

Die Behauptung, die Bundeswehr agiere dabei als Knecht der Rüstungsindustrie, ist eine abenteuerliche Unterstellung. Es ist gut und richtig, dass die Bundeskanzlerin die militärische Ertüchtigung deutscher Partner als Teil der nationalen Sicherheitsvorsorge sieht und hierzu die einschlägige Kompetenz der Bundeswehr nutzt. Eine andere Frage ist es, ob die Bundeswehr bereits die personellen Ressourcen dafür hat. Wohl eher nicht! ■

Schulte ist Chefredakteur der „griephan Briefe“, eines Fachmagazins für Sicherheitspolitik.

Aufräumen reicht nicht zum Überleben



Angela Hennersdorf

Redakteurin Unternehmen & Märkte

■ **Peter Terium baut RWE radikal um – der letzte Schritt aber muss erst noch kommen.**

Seit Monaten muss sich RWE-Chef Peter Terium bohrenden Fragen stellen, wie er denn den Energieversorger aus der Krise führen wolle. Wird RWE gar wie Konkurrent E.On das schwächelnde Geschäft mit Strom aus fossilen Quellen abspalten?

Mit dem Umbau des Konzerns hat der Niederländer jetzt den Weg dafür bereitet. Der jetzt noch aufgeschobene letzte Schritt, die Trennung vom klassischen Kraftwerksgeschäft, wird unweigerlich kommen – und das ist richtig so. Mehrfach kündigte Terium an, wenn sich die Großhandelspreise so weiter entwickelten wie jetzt, dann werde das Kraftwerksgeschäft ab 2017 Verluste schreiben. Spätestens dann ist die Situation da.

Dann wird jedem klar: Aufräumen über die Führungsetagen und Tochtergesellschaften hinweg kann das Überleben von RWE nicht sichern. Dazu braucht es eine Antwort auf die Frage, wofür der umorganisierte RWE-Konzern künftig steht. Für die Energiewende jedenfalls nicht, wenn gleichzeitig die Braun- und Steinkohlekraftwerke munter weiter brollern.

Dass Terium den radikalen Schnitt jetzt noch nicht wagt, ist dem Einfluss der mächtigen Arbeitnehmer- und Kommunalvertreter im Aufsichtsrat geschuldet. Die haben dem Umbauplan Anfang dieser Woche zwar zugestimmt. Die Abspaltung des Kraftwerks-

geschäfts übersteigt jedoch aus Sorge um Standorte und Arbeitsplätze deren Einsichtsfähigkeit – noch.

Immerhin ist es Terium gelungen, die Kraftwerke als eine der wenigen Sparten selbstständig zu erhalten. Damit lassen sie sich bei Bedarf einfacher abspalten. Das ist nur noch eine Frage der Zeit, soll der Gesamtkonzern überleben. Kommunal- und Arbeitnehmervertreter haben noch zwei Jahre Zeit zum Überlegen. ■

Götterdämmerung bei Verdi



Bert Losse

Redakteur Politik & Wirtschaft

■ **Der Kita-Zoff geht trotz Schlichterspruch weiter. Das ist ein Debakel für Gewerkschaftsboss Frank Bsirske.**

Der 22. September 2015 soll für Frank Bsirske ein Tag des Triumphes werden. Auf dem Verdi-Bundeskongress in Leipzig steht die Wahl des Vorsitzenden an, und Bsirske, schon jetzt dienstältester Arbeitnehmerführer im Deutschen Gewerkschaftsbund, will noch einmal antreten. Gegenkandidaten sind bisher nicht vorgesehen.

Doch vielleicht wird der 22. September eher zum Tag der Abrechnung. Denn das Denkmal Bsirske bröckelt. Das Kita-Desaster zeigt, welche Folgen es hat, wenn Gewerkschaftsführer mit unrealistischen Forderungen in eine Tarifrunde ziehen und zu hohe Erwartungen bei den eigenen Leuten wecken. Fast 70 Prozent der betroffenen Verdianer haben das erzielte Schlichtungsergebnis abgelehnt. Damit stellten sie sich gegen die Verdi-Vertreter in der Schlichtungskommission und dezidiert auch gegen ihren Vorsitzenden.

Bsirske steht nun da wie ein König ohne Volk. Er muss eine Entscheidung, die er für falsch hält, gegenüber den Arbeitgebern vertreten. Will er etwa seine organisationspolitischen Probleme nun auf dem Rücken berufstätiger Eltern austragen? Es wäre unverantwortlich, den Tarifkampf mit verstärkter Aggressivität zu führen, nur um die Basis hinter sich zu scharen (und so nebenbei ein gutes Wahlergebnis auf dem Kongress zu sichern). Diese Option ist machtpolitisch verlockend, auch weil der jüngste Verdi-Streik bei der Post ebenfalls nur mäßige Ergebnisse brachte.

Anstatt sinnloses tarifpolitisches Getöse zu entfachen und „neue Streikformen“ an den Kitas anzukündigen, sollte Bsirske mit den Arbeitgebern sondieren, wie sich der Konflikt zeitnah beenden lässt. Wie wäre es damit? Es gibt keine neuen Streiks, die Lohnerhöhung (zwischen 2,0 und 4,5 Prozent) folgt dem Schlichterspruch, aber die ungewöhnlich lange Laufzeit von fünf Jahren wird verkürzt. So könnten alle Beteiligten ihr Gesicht wahren. Auch Bsirske. ■